hat Nationalisten im Reichstag zu den Hunger- und Wucherzöllen der Koalitionsregierung, so erhält man

ein abgerundetes Bild einer ausgesprochenen Prätorianergarde der Ausbeuter und Blutsauger der deutschen Arbeiterschaft.

Die gestrige Sitzung des Sächsischen Landtages hat wieder **mit** aller Deutlichkeit bewiesen, daß Nationalfaschisten und Sozialfaschisten **zwei Flügel einer Armee** sind, nämlich **der Armee** der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Die Arbeiterschaft muß daraus die Lehren ziehen und sich unter Führung der Kommunistischen Partei zu einer einheitlichen Kampffront gegen all ihre Feinde zusammenschließen.

Alles für den Sieg des Bolschewismus

Die Bezirksleitung der KPD Sachsens fordert auf zu einer großen Sammlung für den „Kampffonds der Kommunistischen Partei. Schon haben einige Arbeiter an das Bezirksbüro Geldbeträge eingesandt mit dem Bemerken, daß sie die Partei finanziell unterstützen wollen gegen die blutrünstige Hetze der bürgerlich-sozialfaschistischen Presse.

Dieser herrliche Solidaritätsbeweis der Arbeiter ist die beste Antwort auf die klatzigen Lügen der um ihre Macht zitternden Unterdrückungsgewaltigen. Genau so wie 1914 eine Lügenkampagne organisiert wurde, um die Massen in das imperialistische Gemetzel zu peitschen, wird heute versucht, eine Pogromstimmung zu schaffen gegen die Sowjetunion und die Kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern zur Vorbereitung eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion und zur blutigen Unterdrückung der kämpfenden Arbeitermassen.

Die Hetze gegen die KPD anläßlich des 1. Mai und des 1. August 1929 wurde wiederholt bei dem Arbeitermord in Hartmannsdorf. Ueberall, wo die Arbeiter um ihre Existenz kämpfen, tritt die KPD an die Spitze der Kämpfenden, und die Preßreptilien des Finanzkapitals lügen das blödeste Zeug zusammen, um den Terror der sozialfaschistischen Polizei zu rechtfertigen. Die „Linken" marschieren in diesem Hetzkonzert an der Spitze. Dem gilt es entgegenzutreten. Die Partei marschiert trotz allem. **In Massen kommen die Arbeiter und Arbeiterinnen zur KPD, um mitzuhelfen bei der Organisierung der Kämpfe. Tausende sind bereit, die Partei finanziell zu unterstützen und den Kampffonds der Partei zu stärken. Organisiert die Sammlung** in allen Betrieben und Arbeiterwohnbezirken. Fordert Sammellisten von der Bezirksleitung an und organisiert die Finanzierung der großen Aufgaben, die vor der Partei stehen. Die Massen marschieren mit der KPD zum Sieg der proletarischen Revolution. Trotz alledem!

Hamburger Volkszeitung wieder auf Kampfposten

Hamburg, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach dreitägigem Verbot ist unser tapferes Hamburger Kampforgan, die „Hamburger Volkszeitung" am 4. Februar wieder vom Senat der Sozialfaschisten und Pfeffersäcke, getrieben von dem Proteststurm der Arbeiter, freigegeben worden. Trotz aller Verbote und Verfolgungen steht die „Hamburger Volkszeitung" wieder auf vorgeschobenem Kampfposten der Organisierung des Kampfes der Arbeiterschaft der Wasserkante gegen den Hunger- und Blutkurs der Koalitionsregierung.

Roter Sieg bei Betriebsrätewahlen

Die Betriebsrätewahlen in der Jutespinnerei in Bremen brachten den Sozialfaschisten eine vernichtende Niederlage. Die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition erhielt 774 Stimmen, wogegen die Sozialfaschisten nur 214 Stimmen erhielten. 31 Stimmen waren ungültig.

Dieses Resultat ist die Frucht des konsequenten Kampfes der Opposition in der Jutefabrik gegen Unternehmerterror und sozialfaschistischen Verrat und ein Beweis dafür, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung unter Führung der Gewerkschaftsopposition vorwärtsschreitet. In der Jutespinnerei wurde vor nicht allzulanger Zeit ein Streik geführt, der durch den Verrat der Sozialfaschisten erfolglos abgebrochen werden mußte. **Das Resultat bei den Betriebsrätewahlen zeigt, daß die Belegschaft, die zum großen Teil aus Arbeiterinnen besteht, erkannt hat, daß es gilt, durch die Wahl revolutionärer Betriebsräte die Voraussetzungen für eine revolutionäre Führung der Kämpfe zu schaffen und die Kampfsabotage der Sozialfaschisten zu brechen.**

4500 Kumpels fliegen aufs Pflaster

In den oberschlesischen Steinkohlengruben beabsichtigen die Unternehmer 4500 Bergarbeiter zu kündigen. Das sind 16,6 Prozent der Gesamtbelegschaft der oberschlesischen Steinkohlengruben. Der vor einigen Tagen stattgefundene Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition hat bereits zu dieser angekündigten Entlassung Stellung genommen und Kampfbeschlüsse gefaßt. Die Arbeiter in den Betrieben haben jetzt die Aufgabe, diese Beschlüsse durchzuführen.

Verschärfte Auseinandersetzungen auf der Flottenkonferenz

Die Londoner See„abrüstungs"konferenz ist sehr bald in das Stadium der offenen Konflikte gelangt: **Amerika**, das zunächst aus taktischen Gründen sich gegenüber den französischen Forderungen zurückhielt und nur Italien vorschickte tritt jetzt **offen der französischen Forderung** nach freier Umwandlung von **Tonnage der einen Schiffsklasse in eine andere entgegen**, und selbst **England**, das durch zeitweises Entgegenkommen an die **französischen Wünsche** sich gegen Amerika zu decken versuchte, findet nun ein Haar in der Suppe. **Verlangt doch Frankreich nicht mehr und nicht weniger als das Recht zum freien Bau beliebiger Schiffsgattungen innerhalb der zugestandenen Gesamttonnage und bei der deutlichen Vorliebe, die die französische Delegation für die Flugzeugmutterschiffe und U-Boote zum Ausdruck bringt, könnte eine Befriedigung ihrer Forderungen alles andere als eine militärische Sicherung für den englischen Imperialismus bedeuten.** So wehrt man sich nun auch auf englischer Seite, will **den Franzosen** nur die Umwandlung von kleinen Kreuzern in Zerstörer zugestehen, während Amerika nicht einmal so weit gehen will und mit der anfänglich zurückgehaltenen Opposition gegen den ganzen „Uebertragungs"plan offener hervortritt. Und dabei stehen die großen Fragen noch im Hintergrund — aber es ist klar, daß die scharfen Auseinandersetzungen in den **Programmfragen** ernste Zuspitzungen im weiteren Verlaufe der **Konferenz** ankündigen.

Ein Bündnis gegen die Sowjetunion

Berlin, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die **deutsch-polnischen Ausgleichsverhandlungen** wurden nach **amtlichen Mitteilungen** am vergangenen Sonnabend abgeschlossen. **Außer dem Liquidationsabkommen**, dessen authentischer und vollständiger Inhalt bisher noch geheim gehalten wird, wurden **Sonderabmachungen** über alle Fragen, die der deutsch-polnischen Verständigung bisher im Wege standen, getroffen. Der Hauptpunkt des Liquidationsabkommens ist der gegenseitige Verzicht Deutschlands und Polens auf alle beiderseitigen Forderungen. **Das bisher liquidierte deutsche Eigentum**, dessen Wert auf 2,5 Milliarde geschätzt wird, verbleibt Polen und wird nicht angerechnet. Deutschland übernimmt die Entschädigung jener deutschen Staatsangehörigen, die Privatforderungen an Polen hatten. Die Entschädigung wird aus Reichsmitteln bestritten. Die gesamte Höhe der Entschädigungsansprüche reichsdeutscher Staatsangehöriger an Polen beläuft sich auf mehr als 1½ Milliarde, die aus deutschen Steuergeldern aufgebracht werden sollen. Als Gegenleistung stellt Polen die weiteren Liquidationen deutschen Eigentums ein.

Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen ist ein unmittelbarer Bestandteil des Youngsystems. **Es legt den arbeitenden Massen Deutschlands wiederum neue Lasten auf.** Aber viel schwerer als die ökonomischen Lasten, die dem Proletariat daraus erwachsen, wiegt die politische Bedeutung des deutsch-polnischen Abkommens. **Dieses ist in Wahrheit ein politisches Bündnis gegen die Sowjetunion. Es ist der erste Schritt auf dem Wege der Verwirklichung der politischen Pläne des Haager Paktes.**

Die Blutschuld der SPD ungesühnt

Im Laufe der Verhandlungen des Jorns-Prozesses, der zur Zeit in Berlin stattfindet, wird immer klarer und deutlicher die Blutschuld der SPD an dem Tode Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Das Lügengebäude, das von dem Verteidiger, Paul Levi, mit so viel Mühe zur Reinwaschung der Ebert-Landsberg-Noske-Scheidemann-Regierung am Morde Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und der Verschleppung der Mörder aufgebaut wurde, ist innerlich zusammengebrochen. Landsberg, ehemals Reichsjustizminister der sozialdemokratischen Regierung, mußte im Kreuzverhör gestehen, die Forderungen der Arbeiter nach einer wirklichen, gründlichen Untersuchung gegen die Mörderclique im Eldenhotel einfach in den Wind geschlagen zu haben und den Jorns, dessen Vertuschungsmethoden er selbst nachweisen konnte, weiterhin im Amte als Untersuchungsrichter belassen zu haben. Lipmann, einer der Mörder Karl Liebknechts, jetzt Referendar im Dienste der Hermann-Müller-Regierung in Kiel, machte das Geständnis, daß er und die übrigen **Mörder von der Ebert-Noske-Regierung falsche Pässe zur Bewerkstelligung der Flucht erhielten.**

Jorns macht das bezeichnende Geständnis, daß Landsberg die Verhaftung der Liebknechtschen Offiziersmörder angeregt und den Jorns folgendermaßen beruhigt: „Die Sozialdemokratie würde doch wie ein Todesurteil wirken. Und wenn man das den Herren mitteilt, vielleicht würden sie dann gestehen." (!!)

Landsberg gesteht: „Der Rat der Volksbeauftragten wurde von Delegationen aus allen Betrieben überlaufen, die die Einsetzung eines besonderen Gerichtes forderten. Ein Revolutionstribunal (das die Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gesühnt hätte, d. R.) kam nach unserer Ansicht aber nicht in Frage. Als der Sturm in den Betrieben Berlins nicht nachließ, haben wir angeregt, daß Beisitzer vom Zentral- und Vollzugsrat gestellt würden. Etwas anderes konnten wir nicht tun, weil so wenige Tage nach der Tötung Liebknechts und Luxemburgs die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar stattfanden. Für mich bestand nun die Absicht, daß die Umstellung aus der revolutionären Periode in die demokratische Leitung aus der revolutionären Periode in die demokratische erfolgt sei und daß infolgedessen der Vollzugsrat nicht mehr zuständig sei. Wegmann und Ruich kamen wiederholt zu mir und beklagten sich über Jorns. Sie sagten, sie hätten den Eindruck, als ob bei der Untersuchung nichts herauskommen sollte."

Trotzdem unternahm Landsberg nichts gegen Jorns' Verschleierungs- und Vertuschungsmethoden, so daß Wegmann und Ruich, die Vertreter aus dem Vollzugsrat, zurücktraten, weil sie ihnen Jorns ihre Arbeit als Beisitzer unmöglich machte und sie nicht mitschuldig werden wollten an dieser Justizkomödie.

Der Mörder Lipmann, der die Schüsse auf Karl Liebknecht abgab, wird als Zeuge vernommen. Das Gericht versucht jedoch, schleunigst über seine Aussagen hinwegzukommen. Aber die Blutschuld der SPD wird auch hier aufs neue bestätigt. Auf eine Frage des Angeklagten, wer denn den Mördern die falschen Pässe besorgte, erwidert er: „Wir hatten alle falsche Pässe, wir erhielten sie von der Marinekadron. Heute habe ich die feste Vermutung, daß diese Pässe uns von Stellen zugekommen sind, die die leitenden im Reiche waren."

Mit den Mördern der Besten des deutschen Proletariats hielt die SPD wie Pech und Schwefel zusammen. Dieses Bündnis in den Revolutionstagen hat sie bis zum heutigen Tage gehalten.

Severings Antikommunistengesetz auch in zweiter Ausschußlesung durchgepeitscht

Berlin, 4. Februar. (Eigener Bericht)

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages trat am Dienstag wieder zusammen zur zweiten Lesung des Republikschutzgesetzes. In nur wenigen Stunden waren das Gesetz durchgepeitscht und die Paragraphen 1—11 angenommen. Keine Regierungspartei ergriff mehr das Wort, so daß nur Deutschnationale und Kommunisten die Diskussion bestritten. Der Redner der Deutschnationalen, Dr. Coerling, kritisierte lediglich den § 6 des Republikschutzgesetzes, der sich (übrigens in abgeschwächter Form) gegen die Schmutzliteratur der Faschisten wendet. Mit allen übrigen Paragraphen, insbesondere den Strafbestimmungen und den Verbotsbestimmungen, sind selbstverständlich die Deutschnationalen einverstanden. Die Redner der Kommunisten, Genosse **Geschke** und Genosse **Alexander**, brandmarkten noch einmal ausführlich den Charakter des Gesetzes und wiesen an jedem einzelnen Paragraphen nach, daß es nur gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gerichtet ist.

Die Abstimmungsmaschine funktionierte wie am Schnürchen. Angenommen wurden die Strafbestimmungen für Teilnahme bei Verabredungen, die Verbrechen wider das Leben bezwecken. Beschlossen wurde die Spitzelpflicht und die Straffreiheit für Spitzel und die Paragraphen, die den Schutz der Minister sowie die Majestät der Parteien garantieren sollen. Gleichfalls angenommen wurden die Paragraphen, die bestimmen, daß allein die Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Verbindung als Hochverrat zu bestrafen ist. Schließlich fanden die Paragraphen, die die Schmutzfreiheit der Faschisten erleichtern, den Rechtsputschisten Pensionen zubilligen, dagegen aber die Verherrlichung von revolutionären Kämpfen verbieten, Annahme. Beim wichtigsten Kapitel über die Verbotsbestimmungen wurden die Paragraphen über die **Polizeiaufsicht in Arbeiterversammlungen**, die **Versammlungsauflösung**, die **Unterdrückung proletarischer Organisationen**, den **Diebstahl am Eigentum der proletarischen Organisationen** angenommen. Auch der Paragraph, wonach bereits die Träger verbotener Abzeichen mit Gefängnisstrafen belegt werden, fand Annahme mit den Stimmen der Regierungsparteien.

Bereits am Mittwoch wird die zweite Lesung beendet sein, so daß die Durchpeitschung des Zuchthausgesetzes im Plenum des Reichstages folgen kann.

Mobilisiert die Betriebe und Organisationen gegen die Hausknechte der Trustmagnaten! Beschließt überall Protestresolutionen und bereitet den Massenstreik vor gegen die politische Knebelung des Proletariats und Unterdrückung der KPD.

Kommunistische Anfrage zum Colas-Skandal

Wird die Bürgerregierung jetzt reden?

Anfrage

Wie wir erfahren, hat die

Sächsische Staatsbank

für den Direktor Loffler bei der Colas eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von 27 000 RM übernommen, obgleich Loffler bei der Bank bisher kein Konto hatte.

In letzter Zeit erschienen Mitteilungen in der Presse über **Unregelmäßigkeiten und Bestechungen in bezug auf die Colas.** Daraus muß die Annahme entstehen, daß die Bürgschaftsübernahme damit im Zusammenhang steht.

Wir fragen:

1. Sind der Regierung solche Zusammenhänge bekannt?
2. Nach welchen Grundsätzen werden bei der Sächsischen Staatsbank Sicherheiten gewährt und Bürgschaften übernommen.
3. Welche allgemeinen Betrugnisse stehen der Regierung gegenüber der Sächsischen Staatsbank zu.
4. Welchen Gebrauch macht die Regierung von ihren Rechten?

Renner

und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion

An den Pranger!

Fleißner, Frau Sender, Schmidt, Krätzig, Schirmer, Arzt stimmten für Zündholzmonopol und damit für die Verteuerung der Zündhölzer

Berlin, 5. Februar. (Eigener Bericht.)

Der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding legte dem Reichstag ein Gesetz vor, durch das dem schwedischen Zündholzkönig Ivar Kreuger die gesamte deutsche Zündholzfabrikation ausgeliefert wird. Dieses Gesetz vertrat der volksparteiliche Finanzminister **Moldenhauer** mit den Worten:

„Das Zündholzmonopol erfüllt alle Wünsche der Zündholzindustrie."

Tatsächlich erhält der schwedische Zündholztrust durch das Zündholzmonopol

eine jährliche vorläufige weitere Profitsteigerung von etwa 45 Millionen Mark.

Dieser Gewinn wird erzielt durch eine Steigerung der Zündholzpreise um 20 Prozent, oder auf 30 Pfennig pro Paket. Bei den guten Streichhölzern, den sogenannten Welthölzern, soll eine Steigerung pro Paket auf 50 Pfennig erfolgen. Hinzu kommt, daß die Werktätigen auch noch die Zinsen aus der Kreugeranleihe zahlen müssen.

Das Zündholzmonopol sieht ferner eine Drosselung der genossenschaftlichen Zündholzproduktion vor und verbietet den Genossenschaften, unter den durch das Monopol festgesetzten Preisen zu verkaufen. Eine weitere Folge des Zündholzmonopols ist die Entlassung tausender Zündholzarbeiter durch die Stillegung von Betrieben.

In der 130. Sitzung des Reichstages vom Dienstag dem 28. Januar erfolgte die Schlußabstimmung über das Zündwarenmonopolgesetz. Das vorliegende amtliche Protokoll weist aus, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten unseres Wahlkreises

Fleißner, Frau Sender, Schmidt, Krätzig, Schirmer, Arzt

dem Zündwarenmonopolgesetz zugestimmt haben und damit nicht nur die Interessen der Verbraucher mit Füßen traten, sondern auch freiwillig die Genossenschaften dem Diktat der Monopolkapitalisten unterstellten.

Sozialfaschistische Diktatur

Grzesinski diktiert: Kommunisten dürfen keine Kommunalbeamte werden

Berlin, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der sozialdemokratische preußische Innenminister Grzesinski hat einen neuen unerhörten Vorstoß in der Richtung auf die sozialfaschistische Diktatur über die Kommunen und die Ausschaltung der letzten Reste kommunaler Selbstbestimmung durch die Arbeiterschaft unternommen. **In einem Erlaß, der an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte herausgegeben ist, wird die Bestätigung von Kommunisten als Kommunalbeamte wegen Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Organisation grundsätzlich verweigert.** Der Erlaß fordert im besonderen die Verweigerung der Bestätigung für Bürgermeister, Kreisdeputierte, Amtsvorsteher und deren Stellvertreter sowie Gemeindevorsteher.

Grzesinski versucht, den sozialfaschistischen Charakter dieses Erlasses dadurch ein wenig zu bemänteln, daß er auf dem Papier nicht nur den Kommunisten, sondern auch den Nationalsozialisten die Bestätigung zu versagen vorgibt. **In der Praxis aber wurden von der sozialdemokratischen Koalitionsregierung immer nur Kommunisten als Kommunalbeamte nicht bestätigt, während Nationalfaschisten mit offenen Armen aufgenommen wurden.** Mit diesem Erlaß Grzesinskis ist auch das Manöver, das die Sozialdemokraten in Solingen mit der Wahl eines kommunistischen Oberbürgermeisters durchführten, entlarvt. **Sie gaben dem Kommunisten deshalb ihre Stimme, weil sie von vornherein wußten, daß er nicht bestätigt wurde**, und weil sie den Posten für ihren Kandidaten von den bürgerlichen Parteien erpressen wollten.

Vom Tage

Der Reichsbankdiskont wurde von 6½ auf 6 Prozent herabgesetzt. Nun können die Kapitalisten bei ihrem Wechselgeschäft größere Geschäfte machen. Den Proleten ist dafür auch der Brotpreis erhöht worden.

Die Riesenprofite der Reichsbank wurden neu verteilt. In Zukunft sollen Aktionäre 12 Prozent erhalten, dazu alle 5 Jahre 1 Prozent Bonus. Außerdem erhalten sie als „Entschädigung" auf je 400 Mark Anteile 200 Mark in englischen Pfund und einen Reichsbankanteil zu 100 Mark, das sind 87 Prozent. Das Geschäft lohnt sich.

Im internationalen Arbeitsamt feilschen die Kohlenbarone um die **Regelung der Arbeitszeit für die Bergarbeiter.** Sie werden jedoch nur so ein Monstrum wie das Washingtoner Abkommen zustande bringen.

400 Millionen für Luftrüstungen wurden in der französischen Kammer bewilligt, um die Bombengeschwader zu vergrößern.

Eine Erhöhung der Beamtengehälter wurde vom preußischen Finanzminister in einer Landtagsrede mit Entschiedenheit abgelehnt.

Ein Riesenstreik brach gestern in der Neuyorker Damenkleiderindustrie aus. Ueber 35 000 **Arbeiter und Arbeiterinnen kämpfen für die 40-Stundenwoche und Lohnerhöhung.**